

**Zeitschrift:** FRAZ : Frauenzeitung  
**Band:** - (1999-2000)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Ein persönlicher Blick zurück und eine politische Bilanz  
**Autor:** Uchtenhagen, Lilian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1053975>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 27.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Den grössten Teil ihres Lebens hat sich Lilian Uchtenhagen dem politischen Engagement verschrieben – einem Engagement, in das sie ihre ganz persönlichen Erfahrungen stets miteinfließen liess. Obwohl sie betont, dass bezüglich Gleichstellung der Geschlechter vor allem auf rechtlicher Ebene in dieser Zeit viel passiert ist, sieht sie bei der gesellschaftlichen Gleichstellung noch grossen Reformbedarf. Sie erläutert, wieso diese Reformen so schwierig geworden sind.

## Lilian Uchtenhagen

## Ein persönlicher



Lilian Uchtenhagen

Foto: L. Uchtenhagen

Mein erstes frauenpolitisches Engagement galt dem Frauenstimmrecht. Zusammen mit einer bekannten Frauenrechtlerin, einer Ärztin, vertrat ich 1948 an einem kantonalen Parteitag der Freisinnigen in Olten die Ja-Parole für ein Frauenstimm- und -wahlrecht in Gemeindean gelegenheiten. Ich war gerade im Begriff, in Neuenburg die Handelsmaturität zu machen, die ich meinen Eltern nach dem Handelsdiplom abgetrotzt hatte.

### Selbst erkämpftes Studium

Ich wollte wie mein älterer Bruder, der selbstverständlich das Gymnasium besucht hatte, studieren. Meine Mutter war darüber alles andere als glücklich, war sie doch überzeugt, dass ich als Studierende keine gute Partie mehr machen konnte, ja, wahrscheinlich gar keinen Mann mehr finden würde, da Männer keine gescheiterten oder gar studierten Frauen heiraten wollten. Ich erinnere mich vieler qualvoller Nächte, in denen ich versuchte mir darüber klar zu werden, ob ich lieber studieren oder einen Mann und Kinder haben möchte. Obwohl ich Männer mochte und Kinder liebte, entschloss ich mich fürs Studium. Kurze Zeit danach begann ich damit in Basel. Es war ein für Frauen damals nicht übliches Studium: Staatswissenschaften mit Schwergewicht Volkswirtschaftslehre. Es gab in den Vorlesungen und Seminarien keine oder nur vereinzelt Frauen. Von den männlichen Studienkollegen wurde ich zwar anfangs begeistert empfangen, aber als sie merkten, dass ich tatsächlich studieren wollte, musste ich viel Häme und Sticheleien einstecken. Auch nach Abschluss des Studiums musste ich feststellen, dass ich als Frau nicht die gleichen Möglichkeiten hatte wie meine männlichen Kollegen. Mein guter Studienabschluss war

eher ein Nachteil. Bei Stellenbewerbungen gab man mir überall zu verstehen, dass ich für die ausgeschriebene Stelle überqualifiziert war. Andererseits konnte man eine leitende Stellung ja nicht mit einer Frau besetzen. Auch eine akademische Karriere, wie ich sie mir eigentlich wünschte, kam offensichtlich für mich als Frau nicht in Frage. Ich überlegte mir ein weibliches Zweitstudium Richtung Psychotherapie, verreiste aber zunächst in die USA, wo ich eine Ausbildung als «psychiatric aide» absolvierte. Nach der Rückkehr in die Schweiz heiratete ich und unterrichtete an verschiedenen Schulen Staats- und Wirtschaftskunde. Nach einigen Jahren wurde ich Dozentin für Wirtschaft und Politik an der Schule für Soziale Arbeit Zürich.

### Gemeinsam erkämpftes Frauenstimmrecht

Ich hatte mir unterdessen klar gemacht, dass ich eine Frauenrechtlerin – heute würde man sagen Feministin – war. Ich trat dem Zürcher Frauenstimmrechtsverein bei und beteiligte mich an vordester Front an all den Kämpfen um Mitsprache der Frauen in kirchlichen, fürsorgereichen und Schulangelegenheiten, die damals zur Diskussion standen. Es folgten nicht mehr zu zählende Auftritte in Kirchgemeinde- und Gemeindesälen und all den Sälen der Löwen, Rösslis und Bären landauf landab.

Besonders gross war der Einsatz von uns Frauenrechtlerinnen bei der eidgenössischen Vorlage vom 1. Februar 1959. Neben den üblichen kontradiktorischen Streitgesprächen verteilten wir auf den Strassen und Plätzen an widerstrebende Passanten unsere Abzeichen und Flugblätter, sortierten und verpackten nächtelang Werbematerial, buken zur Geldbeschaffung Kuchen für unsere Basars.

Das Resultat war bitter: Die Vorlage wurde mit einem Nein-Stimmenanteil von 69 Prozent verworfen, also ähnlich hoch wie die kantonalen Vorlagen in den 20er Jahren. Die Enttäuschung war gross, aber unsere Wut ebenfalls: wir wurden kämpferischer. In Basel kam es zum Lehrerinnenstreik. Der 1. Februar wurde zum Frauen-

stimmrechtstag erklärt, an dem in der ganzen Schweiz Fackelzüge durchgeführt wurden.

Eine kleine kämpferische Gruppe des Zürcher Stimmrechtsvereins, der ich angehörte, beklebte vor Abstimmungen und Wahlen nachts die Abstimmungslokale mit unserem Signet, einer Frau mit verbundenem Mund, und auf die Frauenhilfsdienst-Werbepлакate kam ein grosser Streifen «Zuerst das Stimmrecht!».

Als der Bundesrat die Absicht bekundete, die Menschenrechtskonvention mit Vorbehalten – unter anderem dem fehlenden Frauenstimmrecht – zu unterzeichnen, kam es 1969 zum Marsch nach Bern, an dem sich sowohl Frauen aus den traditionellen Frauenverbänden wie die progressiven Frauen der 68er Bewegung beteiligten.

Und dann am 7. Februar 1971 war es endlich so weit. «Den Frauen zuliebe» (so hiess damals unser Slogan) legten die Männer «ein männliches Ja» ein.

### Bilanz 1: Ohne Reformen keine tatsächliche Gleichstellung

Nach Annahme des Frauenstimmrechts trat ich trotz meiner bürgerlichen Herkunft der sozialdemokratischen Partei bei und wurde noch im

# Blick zurück und eine politische Bilanz

gleichen Jahr zusammen mit zehn andern Frauen in den Nationalrat gewählt. Dort beschäftigte ich mich ganz bewusst mit Wirtschafts- und Finanzfragen und war meistens als einzige Frau in den entsprechenden Kommissionen. Wenn es aber um zentrale Frauenfragen ging, etwa beim Gleichstellungsartikel oder beim Schwangerschaftsabbruch, war ich natürlich auch wieder dabei.

Frauenfragen waren für mich aber letztlich immer gesellschaftspolitische Fragen. Der Kampf um das Frauenstimm- und -wahlrecht und um die rechtliche Gleichstellung der Frau war wichtig, und hier sind in den letzten Jahrzehnten ja auch entscheidende Erfolge zu verzeichnen. Aber realistischerweise kann nicht übersehen werden, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Gleichstellung der Frau sich nicht entsprechend verändert haben. Der Titel

eines Berichtes der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen aus dem Jahre 1995 «Viel erreicht – wenig verändert?» dürfte zumindest zum Teil die Situation von uns Frauen auch heute noch wiedergeben.

Zwar wirken die Sachzwänge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung immer stärker Richtung Verselbständigung der Frau durch eigene Erwerbstätigkeit. Die gesellschaftlichen Strukturen sind aber nach wie vor auf eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – eine innerhäusliche Frauenwelt und eine ausserhäusliche Männerwelt – angelegt. Die sich daraus ergebenden Widersprüche erschweren das Leben vieler Frauen, die ständig zwischen diesen beiden Welten hin- und herrennen und Doppel- und Mehrfachbelastungen auf sich nehmen müssen. Sie führen aber auch zu Spannungen und Konflikten, welche Partner-

schaften und Kleinfamilien belasten. Es wird immer deutlicher: die Gleichstellung der Frau ist nicht zu schaffen innerhalb jenen Strukturen, welche die Ungleichheit voraussetzen.

Die für eine tatsächliche Gleichstellung der Frau nötige partnerschaftliche Aufgabenteilung sowohl in Familie wie im Erwerbsleben setzt eine Vielfalt von Reformen voraus. Es braucht mehr sozial abgesicherte Teilzeitstellen und andere unkonventionelle Arbeitsformen, es braucht Hilfeleistungen bei Betreuung, Erziehung und Schulung der Kinder, es braucht Reformen im Sozialversicherungs- und Steuerrecht, um nur die wichtigsten zu nennen.

## **B**ilanz 2: Die Kämpfe finden woanders statt

Aber während wir noch für all diese Reformen kämpfen, müssen wir mit einem Gefühl der



Gruppenbild der ersten 12 Nationalrätinnen 1972.



«Es gibt noch viel zu tun, um unsere Gesellschaft etwas weniger lieblos zu machen.»

Foto: L. Uchtenhagen

Ohnmacht feststellen, dass die Fronten, an denen wir kämpfen, in unserer von der neoliberalen Doktrin geprägten Welt vielleicht gar keine echten Fronten mehr sind, dass die Kämpfe eigentlich anderswo stattfinden sollten. Wettbewerbsdruck und Angst vor Entlassungen oder Karrierebrüchen hindern heute auch jene Paare, die an eine partnerschaftliche Aufgabenteilung glauben, ihr Leben entsprechend zu gestalten. Und gesellschaftliche Veränderungen über Politik sind schwierig geworden. Die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme wie Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Religion, Recht, Kunst und die sich immer mehr abzeichnende Dominanz des kapitalistischen Wirtschaftssystems, begleitet von einer zunehmenden Individualisierung, höhlen die politische Steuerung der Gesellschaft immer mehr aus.

In der keynesianischen oder fordistischen Ordnungspolitik, an der sich alle westeuropäischen Gesellschaften der Nachkriegszeit orientierten, entstand so etwas wie eine Politik der Integration. Mit Hilfe einer antizyklischen Stabilisierungspolitik wurden Nachfrageeinbrüche aufgefangen, Arbeitslosigkeit bekämpft. Gleichzeitig wurden die sozialen Sicherheitsnetze enger geknüpft, die öffentlichen Dienstleistungen ausgebaut. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen wurden kooperativ in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung eingebunden. Es schien möglich, die Interessen der Lohnabhängigen und die nationale Wirtschaftsentwicklung im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsverfassung mehr oder weniger in Übereinstimmung zu bringen.

Mit dem Kriseneinbruch anfangs der 70er Jahre und der damit einhergehenden Verschlechterung des politischen Klimas, aber auch der zunehmenden Globalisierung, welche nationale Politiken immer mehr ins Leere laufen liess, zerfielen auch die Voraussetzungen des keynesianischen Konsensus. Damit zerbrach auch die Handlungsgrundlage einer Politik, welche der strukturellen Spannung von Kapitalismus und Demokratie einen Teil seiner Schärfe genommen hatte.

Seitdem hat sich die Situation laufend verschlechtert. Die mit der Globalisierung verbundene Verschärfung des Wettbewerbs führt immer häufiger dazu, dass Arbeitsplätze in kostengünstigere Länder ausgelagert werden oder zumindest damit gedroht wird. Die Wirtschaften vieler westlicher Länder wachsen kaum mehr und wenn sie es tun, so ist es als Folge von Innovationen und Rationalisierungen ein sogenanntes jobloses Wachstum. Die Arbeitslosigkeit nimmt weltweit zu, die Einnahmen der Staaten sinken, die Ausgaben steigen, was die meist konservativen Regierungen zu weiteren Sparübungen veranlasst. Deregulierungen, Privatisierungen und «lean management» führen jetzt auch bei der öffentlichen Hand zum Abbau von Arbeitsplätzen.

### Bilanz 3: Politik der Segregation statt Integration

Die politische Kultur der Integration wurde abgelöst durch eine Politik der Segregation: eine kleine Oberschicht wird immer reicher, die Zahl jener, die unter der Armutsgrenze leben, wächst kontinuierlich an. Das Resultat ist in fast allen Grossstädten der westlichen Welt zu sehen: Verschwenderischer Reichtum in Kaufhäusern, Banken, Versicherungsplätzen, vor denen nachts die Obdachlosen hausen. Die Dritte Welt ist mitten unter uns. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Einwohner Harlems beträgt heute 46 Jahre, fünf Jahre weniger als in Bangladesch!

Von dieser Entwicklung sind die sozial Schwachen besonders betroffen. Und zu den sozial Schwachen gehören auch bei uns, wie überall auf der Welt, überproportional viele Frauen. Auch die zunehmende Entsolidarisierung der Gesellschaft trifft sie besonders. Zwar waren die Frauen auch in früheren Zeiten keineswegs immer solidarisch. Frauen haben recht unterschiedliche Lebensläufe, je nachdem ob sie ledig, verheiratet oder geschieden sind, ob sie Kinder haben oder nicht, ob sie einen Beruf ausüben, den sie frei gewählt haben, oder ob sie in irgend einem Job Geld verdienen müssen. Diese Unterschiede in den Lebensläufen gren-

zen Frauen oft gegeneinander ab. Im übrigen gehören sie wie die Männer einer sozialen Klasse an, deren Interessen unterschiedlich sind. Aber in der Frauenbewegung – zumindest wie ich sie noch erlebt habe – gab es doch so etwas wie Frauensolidarität. Diese Art von Frauenbewegung gibt es jedoch kaum mehr. Frauen sind heute in politischen Parteien, in Berufsorganisationen, Serviceclubs, Sportvereinen oder kirchlichen Organisationen integriert,

### Und dennoch hat es sich gelohnt

Viele der jüngeren gut ausgebildeten Frauen verfügen über ein Selbstbewusstsein, von dem die Frauen meiner Generation nur träumen konnten. Ich bin stolz auf das, was viele Generationen von Frauen in harten Kämpfen erreicht haben. Und ich bin froh, dass ich einen Teil dieser Kämpfe noch sehr bewusst miterlebt habe. Und dass ich noch Frauen gekannt habe, die mit heute kaum mehr vorstellbarem Einsatz für Mädchenschulbildung, Frauenstudium und bescheidene Mitwirkungsrechte auf allen Ebenen gekämpft haben. Es waren zum Teil grossartige Frauen. Schon meine Generation hat von ihrem Einsatz viel profitiert.

Manchmal habe ich den Verdacht, dass erkämpfte Emanzipation irgendwie einen anderen Stellenwert hat, etwas reifer, toleranter, vielleicht auch solidarischer macht als die selbstverständlichen Möglichkeiten, die den heutigen jungen Frauen offen stehen. Aber ich weiss, dass das letztlich nicht stimmt. Man kann zwar an Schwierigkeiten wachsen, aber Schwierigkeiten können auch überfordern. Man kann an Schwierigkeiten und Lieblosigkeiten sterben, viele kleine Tode. Und es gibt ja gerade in unserer Zeit für viele Menschen noch genügend Schwierigkeiten zu meistern. Und in der Politik gibt es noch viel zu tun, um unsere Gesellschaft etwas weniger lieblos zu machen und allen Menschen – Frauen und Männern – eine Chance zu geben, ihre Fähigkeiten und Begabungen zu entwickeln und ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Lilian Uchtenhagen, Dr. rer. pol., geb. 1928, arbeitete als Dozentin für Volkswirtschaft und Politik an der Schule für soziale Arbeit in Zürich. Sie hatte drei Kinder. 1970–74 war sie Gemeinderätin der Stadt Zürich, 1971–1991 sozialdemokratische Nationalrätin und Mitglied verschiedener Expertenkommissionen des Bundes. 1998 übernahm sie das Präsidium von SWISSAID und ist gegenwärtig VR-Präsidentin der claro fair trade AG.